

Konstantin Klur

Extinction is Bad for Economy

(Nicht-)Nachhaltigkeit zwischen Katastrophenangst und kapitalistischem Realismus

Zusammenfassung: Durch die sich verschärfende Klimakrise kommt eine Katastrophenangst auf, die Menschen zunehmend auf die Straße und zur Politisierung drängt. Zugleich zeichnet sich die heutige Phase spätkapitalistischer Gesellschaften durch eine erzwungene Entpolitisierung aus, die Mark Fisher auf den Begriff des „kapitalistischen Realismus“ brachte. Dessen Kern ist die Legitimation der bestehenden Gesellschaftsordnung durch ökonomische Sachzwänge und deren angebliche Alternativlosigkeit. Wie ich in diesem Essay zeige, bewegen sich (nicht nur) die Klimabewegungen in diesem Spannungsfeld aus Politisierung und Entpolitisierung: In den Klimadebatten werden die Grenzen, die kapitalistischer Realismus der Politisierung auferlegt, zumeist nicht durchbrochen. Vielmehr bildete sich ein Bewegungsmodus innerhalb des Spannungsverhältnisses heraus: Eine *simulative Krisenbewältigung*, die alles ändern möchte, ohne etwas zu ändern. Diese Form der Krisenbewältigung gibt auch Aufschluss über Widersprüche in den heutigen Naturverhältnissen, die sich zwischen technischem Solutionismus und Naturromantizismus bewegen und jeweils Hürden für Erfolge sozialökologischer Bewegungen darstellen.

Abstract: In the context of the worsening climate crisis, a catastrophic consciousness emerged that increasingly pushes people into the streets and toward politicization. At the same time, the current phase of late capitalist societies continues to be characterized by an enforced depoliticization, which Mark Fisher brought to the concept of „capitalist realism“. At its core is the legitimation of the existing social order by economic constraints and their alleged lack of alternatives. As I show in this essay, (not only) the climate movements move in this field of tension between politicization and depoliticization: In the climate discourses, the limits imposed by capitalist realism on politicization are mostly not broken through. Rather, a mode of movement emerged within the tension: a simulative crisis management that wants to change everything without changing anything. This form of crisis management also sheds light on contradictions in today's natural relations, which move between technical solutionism and natural romanticism, and which each represent hurdles for successes of social-ecological movements.

Autor:

Konstantin Klur ist Doktorand am Institut für sozialwissenschaftliche Forschung e.V. - ISF München. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Kapitalismustheorie, Arbeitssoziologie, Subjekttheorie und Kritische Theorie.

konstantin.klur@isf-muenchen.de

Soziologie und Nachhaltigkeit
Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung

ISSN 2364-1282

Heft 1/2022, 8. Jahrgang, DOI: 10.17879/sun-2022-3862

Eingereicht 03.10.2021 – Peer-Review 24.01.2022 – Überarbeitet 25.02.2022 – Akzeptiert 15.03.2022



Lizenz CC-BY 4.0 (www.creativecommons.org/licenses/by/4.0)

*Herausgeber*innen:* Benjamin Görgen, Matthias Grundmann, Anna Henkel, Melanie Jaeger-Erben,
Björn Wendt

Redaktion: Niklas Haarbush, Jessica Hoffmann, Jakob Kreß, Carsten Ohlrogge

Layout/Satz: Frank Osterloh/Niklas Haarbush

Anschrift: WWU Münster, Institut für Soziologie
Scharnhorststraße 121, 48151 Münster
Telefon: (0251) 83-25440
E-Mail: sun.redaktion@wwu.de
Website: www.sun-journal.org



Einleitung: Der Lauf der Dinge und die Katastrophe

„I don't want you to be hopeful, I want you to panic. I want you to feel the fear I feel every day and then I want you to act!“ (Guardian 2019: 02:25 min) Spätestens mit diesen Worten vor den versammelten Teilnehmer*innen des Weltwirtschaftsforums in Davos wurde Greta Thunberg zum Symbol einer Generation, deren Verständnis von Zukunft sich gegenüber vergangenen Generationen radikal gewandelt hat. Nicht mehr die der Moderne wie dem Liberalismus eigentümliche Fortschrittsgewissheit, sondern die drohende (Klima-) Katastrophe bildet ihren historischen Horizont (vgl. de Moor et al 2020: 19 ff.). Doch hatte der Glaube an den Fortschritt auch vor der neueren Katastrophenangst bessere Tage erlebt, denn bereits zuvor tat sich ein Bruch in der Gewissheit auf, sich auf den Bahnen des Fortschrittes zu bewegen. Vor etwas mehr als zehn Jahren brachte Mark Fisher diesen Bruch im historischen Bewusstsein auf den Begriff „Capitalist Realism“ (Fisher 2009), der mit einer grundlegenden Verschiebung in der Legitimierungsweise des Spätkapitalismus einhergehe. Die liberale Epoche war mit einem Menschheitsprojekt verbunden, das sich um die Ideale der Französischen Revolution anordnete (Bauman 2000). Um sich legitimieren zu können, mussten sich liberal-kapitalistische Gesellschaften als die (kommende) Einlösung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität darstellen (Adorno 1976: 27). Wie Walter Benjamin argumentierte, kann unter Vorzeichen des Fortschrittsglaubens das Versprechen der besseren Zukunft zwar stets der Legitimation der schlechten Gegenwart dienen, die diese herbeiführen soll (Benjamin 2015: 88). Dennoch bot der klassische Liberalismus selbst den Maßstab der Kritik an diesem – folgerichtig waren es jene Ideale der Französischen Revolution, deren mangelnde Einlösung von subalternen Klassen seit der Pariser Kommune gegen die bürgerliche Gesellschaft in Anschlag gebracht wurde (Ross

2021). Im kapitalistischen Realismus wäre die treibende legitimatorische Kraft dagegen nicht länger kollektive Zielvorstellungen, mit den liberal-kapitalistische Gesellschaften prätendierten, wenn nicht übereinzustimmen, dann auf sicherem Weg zu diesen zu sein, sondern das „dünne[] Axiom, es könne nicht anders sein als es ist“ (vgl. auch Adorno 2003: 477). Wie wir sehen werden, verschwinden die Zielvorstellungen nicht einfach ersatzlos, werden aber in den Rahmen gesellschaftspolitischer Alternativlosigkeit eingepasst.

Viel wäre zu den historischen Hintergründen dieser Entwicklung zu sagen: Die Zerschlagung oppositioneller Bewegungen bei gleichzeitiger Einverleibung und Individualisierung ihrer Ideale (Chamayou 2019: 170 f.), das Ende der Systemkonkurrenz zwischen Osten und Westen (Dean 2018: 23 f., Jameson 1991: 274) sowie das Ende des Nachkriegsaufschwungs und die Abfolge ökonomischer Krisen seit den späten 1960er Jahren (Staab 2019: 54 f., Nachtwey 2016: 43 ff.), die einen Modus permanenter Krisenbewältigung hervorbrachte (Nachtmann 2012: 193). An dieser Stelle müssen wir uns jedoch mit der Darstellung der Konsequenzen begnügen: Im Zuge des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft (Stapelfeldt 2014: 282 ff.) setzte sich eine politische Sachzwangsideologie durch, in deren Lichte liberal-kapitalistische Gesellschaften Legitimation zunehmend nicht länger durch Berufung auf moderne Ideale gewinnen mussten. Stattdessen wurden die gesellschaftliche Alternativlosigkeit sowie die Unausweichlichkeit marktkonformer Politik zu den zentralen ideologischen Dogmen (Fisher 2009: 8). Weil es keine Alternativen zum gesellschaftlichen Status Quo gebe, konnte Ideologie sich fortan mit Ideenlosigkeit bescheiden und in den „Schein übergeh[en], was ist, sei unausweichlich und damit legitimiert“ (Adorno 2015: 265). Es ist eine historische Ernüchterung eingetreten, die auch den Hintergrund der Absage an die großen Erzählungen der Moderne darstellt: Etwas wirklich Neues, geschweige denn Besseres

können sich die Menschen heute kaum mehr als konkrete Möglichkeit vorstellen. Es sei angesichts dieser Verengung des historischen Möglichkeitshorizonts, so stellt Fisher in Anlehnung an Fredric Jameson fest, für die heutige Menschheit einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das des Kapitalismus (Fisher 2009: 2).

Wenden wir uns nochmals dem Zitat Thunbergs zu: Dieses verweist bereits darauf, dass das Ende der Welt längst mehr als eine Metapher ist und es für viele Menschen keiner großen Anstrengungen bedarf, sich das Ende der Welt als konkrete Möglichkeit vorzustellen.¹ Nun ist die Vorstellung, eine entscheidende Krise stehe bevor, keineswegs neu; nein, das „verzweifelt helle Bewußtsein, inmitten einer entscheidenden Krisis zu stehen, ist in der Menschheit chronisch“ (Benjamin 1982: 677) und gerade die kapitalistische Moderne hat in ihrer zerstörerisch-schöpferischen Dynamik stets auch Szenarien des Untergangs befeuert. Die Klimakrise ist nicht die erste Krise, die sich anschickt, die letzte zu sein und doch unterscheidet sie sich von vorangegangenen qualitativ. Nicht so sehr im Ausmaß der Angst, das angesichts der Schrecken der Geschichte durchaus seinesgleichen findet; nicht einmal die Universalität und Unumkehrbarkeit der befürchteten Katastrophe lässt sich seit der Möglichkeit atomarer Vernichtung als historische Neuheit auffassen. Für die Moderne neu dagegen ist der Gegenstand der Angst, denn dieser ist nicht der Knopf zum Abschuss der Atombombe, eine vom Menschen geschaffene Technologie in der Verfügungsgewalt von Menschen, sondern ein unberechenbares Abstraktum: ‚Die Natur‘ und damit die Bedingung menschlicher Existenz, die in den Klimabewegungen viel beschworene *Zukunft*, überhaupt. Es ist eine Katastrophe, die nicht plötzlich eintritt, sondern

sich langsam, aber unaufhaltsam vollzieht und sich nicht räumlich eingrenzen lässt, sondern alles Handeln und jede Beziehung durchzieht. Die daraus resultierende Katastrophenangst ist ihrerseits so diffus und total, wie ihr Gegenstand – was sie keineswegs mildert, sondern zur ubiquitären Erfahrung steigert, die sich nicht selten in Szenarien des Untergangs und dem mystizistischen Bild einer Natur niederschlägt, die Rache nehme.

Auch Mark Fisher beschäftigte sich im Lichte des kapitalistischen Realismus mit der Vorstellung der Katastrophe. In der kulturindustriellen Massenproduktion von Dystopien sei der Untergang der Zivilisation zum Spektakel geworden, in dem sich das „allmähliche Aufkündigen der Zukunft“ (Fisher 2015: 17) ausdrücke: Dystopische Zukunftsfantasien seien Ausdruck einer Gesellschaft, die sich außer dem Fortlaufen der Dinge, der Steigerung des Bestehenden ins Unermessliche, nichts vorstellen könne und zugleich weiß, dass dieses Fortlaufen in der Katastrophe münden muss (Fisher 2009: 2). Die Katastrophenangst beerbt das Geschichtsverständnis der klassischen Moderne unter umgekehrten Vorzeichen: Wie Jean Améry feststellte, zeichnete sich der moderne Fortschrittsglaube durch die bloße Verlängerung der Gegenwart in die Zukunft aus (Améry 1990: 80) und diese Verlängerung mündet im heutigen Zeitgeist unausweichlich im Bild der Katastrophe.

Nun kann man allerdings nicht unterstellen, dass die Menschheit sich in blankem Zynismus mit dem kommenden Untergang abgefunden hätte. Seit einigen Jahren nimmt vielmehr ein neuer Zyklus an sozialen und ökologischen Protestbewegungen Fahrt auf; die Katastrophenangst treibt weltweit Hunderttausende auf die Straßen und die Klimakrise ist zum zentralen Politikum geworden, das sich aus den tagespolitischen Debatten nicht mehr wegdenken lässt (Brand/Wissen 2017: 24 f.). Der kapitalistische Realismus muss sich seinen Platz im Zeitgeist zunehmend mit der Katastrophenangst teilen. Zwar kann man

¹ Und Thunberg ist damit nicht allein: In einer aktuellen Studie unter tausenden Jugendlichen aus aller Welt stimmen 56 Prozent der einfachen Feststellung „Humanity is doomed“ zu (Hickman et al. 2021: 6).

von Fisher lernen, dass diese keinen starren Gegenpol zum kapitalistischen Realismus darstellt, weil sie sich erst aus dem Zusammenspiel der heutigen ökologischen und sozialen Krisen und der Abwesenheit greifbarer oder auch nur denkbarer Alternativen speist. Dennoch scheint sich ein Spannungsverhältnis zwischen einer angstgetriebenen Politisierung und der erzwungenen Entpolitisierung des kapitalistischen Realismus aufzutun – womit aber nicht gesagt ist, ob die Beschränkungen des Letzteren dadurch gesprengt werden oder sich vielmehr Formen der Politik, des Aktivismus und der Ideologie entwickeln, die sich innerhalb des Widerspruchs bewegen können, ohne diesen zu sprengen. Und tatsächlich gibt es einige Anzeichen dafür, dass sich diese Sprengkraft bislang nicht entwickelte: Wie ich nachfolgend in (notwendigerweise fragmentarischer) Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Aspekten der (Debatten um) Nachhaltigkeit und Klimapolitik zeigen möchte, bleiben der Politisierung bisher oftmals enge Grenzen gesetzt.

Diese Grenzen präzisiere ich zunächst, indem ich das Zusammenspiel von imperialer Lebensweise, Alternativlosigkeit und postfordistischer Dauerkrise als zentrale Beharrungskraft der „nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit“ (Blühdorn 2020a) analysiere. In diesem Kontext analysiere ich zudem den Szientismus und Apellcharakter der Klimadebatten, aus denen ein Modus entpolitisierter Politik spricht (Abschnitt 1). Darauf aufbauend gehe ich auf eine Form von Politik und Ideologie ein, die sich zwischen den Extremen von Alternativlosigkeit und Katastrophenangst bewegen kann und die ich als *simulative Krisenbewältigung* bezeichne (Abschnitt 2). Diese reagiert auf den Widerspruch, dass keine grundlegenden Alternativen denkbar sind, gerade angesichts der Klimakrise sich aber zugleich niemand mit bloßer Alternativlosigkeit zufriedengeben kann: Weil sich nichts ändern könne und es doch nicht so bleiben darf, etablieren sich unterschiedliche Formen simulativer Bewältigungsstrategien. Zuletzt widme

ich mich in einem Abriss über die heutigen Naturverhältnisse der Naturalisierung von Gesellschaft, die implizit auch simulativer Krisenbewältigung zugrunde liegt und ein Motor politischer Regression ist. Zwar werde ich nachfolgend zuweilen unter kritischem Bezug auf die Klimabewegungen argumentieren, doch sind diese nicht primärer Gegenstand meiner Kritik. Vielmehr sollen gesellschaftliche Gegenkräfte zu einem radikalen sozialökologischen Wandel analysiert werden, die sich der widersprüchlichen Konstellation aus Katastrophenangst und Alternativlosigkeit verdanken und den Erfolg sozialökologischer Bewegungen zu behindern drohen.

1. Entpolitierte Politik: Staat und Wissenschaft in den Klimadebatten

Wie es um die Politisierung der Klimadebatten bestellt ist, lässt sich am Verhältnis der Klimabewegung zu Wissenschaft und Staat bestimmen. Vielfach wurde festgestellt, dass zumindest die öffentlichkeitswirksamen Vertreter*innen der Bewegung (die keinesfalls mit der heterogenen Bewegung in toto gleichzusetzen sind) über die Anrufung ‚der Politik‘, diese solle endlich auf ‚die Wissenschaft‘ hören und entsprechend handeln, kaum hinausgehen (Blühdorn 2020a: 62). Diese Beschränkung auf zivile Proteste und wissenschaftlich untermauerte Appellation wird auch innerhalb der Bewegung aus unterschiedlichen Richtungen kritisiert, etwa von Carola Rackete (2021) und Andreas Malm (2021). Auf der Ebene der deutschen Bundesorganisation von *Fridays For Future* bestätigten diese Kritik noch vergangenes Jahr Luisa Neubauer und Carla Reemtsma (2021) in ihren Gastbeitrag für die *taz*, in dem sie unter vehementen Verweis auf die Dringlichkeit nochmals die „Mächtigen“ zum Handeln auffordern. Zwar deuten sich diesbezüglich Verschiebungen an: Carla Reemtsma etwa

verkündete im Frühjahr 2022, dass das bisherige „Repertoire durchgespielt“ (RND 2022) sei und man eine „Verbreiterung der Protestformen erleben“ wird. Auch wenn diese Ankündigung bei jenen Kommentator*innen für Schnappatmung sorgte, die schon im freitäglichen Fernbleiben vom Unterricht einen Zivilisationsbruch erblickten, bleiben die praktischen Konsequenzen abzuwarten. Zumindest bislang bleibt die Appellation an Amtsträger*innen innerhalb wie außerhalb der Bewegung ein bedeutungsvoller Modus der Argumentation und des Aktivismus. So wenig die Empörung über die Inaktivität von Regierungen dabei falsch sein mag, so sehr werden dadurch strukturelle Probleme auf die Ignoranz einiger Weniger heruntergebrochen. Man argumentiert als würde sich der Knopf zur Vermeidung der Klimakatastrophe analog zur Atombombe in der unmittelbaren Verfügungsgewalt Einzelner befinden, die aber so ignorant wären, diesen nicht zu betätigen. In dieser Personalisierung bleiben die strukturellen Gründe der „nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit“ (Blühdorn 2020a) ausgeblendet, die heute insbesondere in der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) und deren Verteidigung durch ein Bündnis von Mehrheitsbevölkerung, Staat und Kapitalien angesichts realer und imaginer Bedrohungen zu suchen sind.

Die Imperiale Lebensweise und ihre Bedrohung

Der Begriff der imperialen Lebensweise bezeichnet in den Worten Stephan Lessenichs die „strukturelle Möglichkeit“ des globalen Nordens „zur Realisierung der Gewinne und gleichzeitigen Externalisierung der Kosten ihrer Arbeits- und Lebensweise“ (Lessenich 2018a: 108). Der Lebensstandard des globalen Nordens beruht auf der „Überausbeutung“ (Fischer 2020) von Menschen und natürlichen Ressourcen in Ländern des globalen Südens und kann daher prinzipiell nicht universalisiert werden (Lessenich 2016, Blühdorn

et al. 2018: 9), sondern beruht „unverzichtbar auf dem Prinzip der Entsolidarisierung, Ausbeutung und Exklusion“ (Blühdorn 2020a: 19). Diese ihrem Prinzip nach exklusive und herrschaftliche Lebensweise scheint heute von mehreren Seiten bedroht zu sein: Von den Ansprüchen auf Teilhabe von Menschen des globalen Südens (Lessenich 2018a: 125 ff., Bauman 2016), einem verschärften globalen Wettbewerb und schließlich der Krisenanfälligkeit des postfordistischen Kapitalismus (Vidal 2013), in deren Lichte die Krise (und mit ihr die Angst um Arbeitsplatz und Lebensstandard) für viele Arbeiter*innen des globalen Nordens zu einem „permanente[n] Prozess“ (Detje et al. 2011: 55) wird. Zwar sind die „Sorgen um den Mittelstand [...] so alt wie der Mittelstand selbst“ (Lessenich 2018b: 163) – seitdem der Bürger an Privatbesitz gekommen ist, ängstigt er sich, diesen wieder zu verlieren. Doch aktualisiert sich diese bürgerliche Angst im Lichte eines Szenarios anhaltender ökonomischer Krisen, die den sozialen Abstieg zum Vergleichshorizont der eigenen Lebenslage (Menz/Nies 2019a: 219) und „die distanzlose Internalisierung systemischer Mechanismen und die angstbetriebene Unterwerfung unter die Autorität des Marktes“ (Menz/Nies 2019a: 217) zum Modus Operandi spätkapitalistischer Gesellschaften werden lassen. Dieser „Markautoritarismus“ (Menz/Nies 2019a), der auch die legitimatorische Basis des neoliberalen Umbaus darstellte (Lessenich 2016), verträgt sich nur allzu gut mit dem kapitalistischen Realismus, dessen Kernstück eine „Deflation der Erwartungen“ (Fisher 2015: 17) ist: Die entscheidende legitimatorische Kraft ist in diesem nicht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, sondern die Drohung einer schlechteren.²

Die imperiale Lebensweise und ihre (angebliche) Bedrohung impliziert daher, dass man nicht

2 Zur Rolle von Krisen bei der „Verallgemeinerung und Vertiefung der imperialen Lebensweise“ siehe Brand und Wissen (2017: 95 ff.).

unmittelbar von gegensätzlichen Interessen zwischen Kapital und Arbeit ausgehen kann. Denn die Aufrechterhaltung der eigenen Lebensweise kommt auch deutschen Unternehmen entgegen, deren Möglichkeiten auf Gewinn auf billiger Arbeit in und billigen Ressourcen aus Ländern des globalen Südens sowie der Externalisierung von Umwelt- und Klimaschäden beruhen (Lessenich 2018a: 96 ff.). Man sollte aus dieser Übereinstimmung allerdings nicht den Schluss ziehen, dass Klassengegensätze aufgehoben seien. Dass es auch im globalen Norden einen Widerspruch von Kapital und Arbeit gibt und dieser mit einer prinzipiellen Prekarität für Arbeiter*innen verbunden ist, ändert sich auch dadurch nicht, dass diese Arbeiter*innen von der Überausbeutung des globalen Südens profitieren und ein unvergleichlich besseres Leben führen, als Jene, die gezwungen sind, den Preis der imperialen Lebensweise zu zahlen. Basis der überlappenden Klasseninteressen bleibt die „Spaltung zwischen dem Leben und seinen Bedingungen“ (Mau 2021: 141), die nach Marx Voraussetzung der Verallgemeinerung von Lohnarbeit und Warenproduktion für den Markt ist: Ohne Enteignung von den Lebensbedingungen, kein Zwang vom Verkauf der eigenen Arbeitskraft zu leben und auf deren erfolgreichen Verkauf angewiesen zu sein (Marx/Engels 1962: 183). Unter gesellschaftlichen Bedingungen, in der Bedürfniserfüllung und (soziales) Überleben an Lohnarbeit gekoppelt und daher nicht garantiert sind (Mau 2021: 154), verwundert es nicht, dass Arbeiter*innen unter Abwesenheit konkreter gesellschaftlicher Alternativen mit jenen Kapitalfraktionen übereinstimmen, von deren Erfolg auch die eigenen Lebensbedingungen abhängen. Kann es auch nicht darum gehen, die Nutznießer*innen der imperialen Lebensweise zu den eigentlichen Opfern zu erklären: Ignoriert man die prinzipielle Prekarität von Lohnabhängigen und die damit verbundene Angst, das Gewonnene (und angeblich Verdiente) zu verlieren, wird die „mehrheitsgestützte[] Verteidigung der

Nicht-Nachhaltigkeit“ (Blühdorn 2018: 173) und der imperialen Lebensweise so wenig verständlich wie die rechtspopulistische Reaktion auf deren angebliche Bedrohung durch jene „Nicht-Staatsbürger, die Zugang zu den Wohlstandsregionen suchen“ (Lessenich 2018a: 129). Die „nachhaltige Nicht-nachhaltigkeit“ lässt sich daher nicht zum bloßen Wohlstandsphänomen verkürzen, sondern erschließt sich aus dem Zusammenspiel von imperialer Lebensweise und grundlegender Prekarität der Lohnabhängigkeit.

Doch nicht nur die Bevölkerung, auch der Staat ist auf die Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise bedacht. Als „Staat des Kapitals“ (Agnoli 1975: 60) kommt diesem die Funktion zu, die nationalen Verwertungsbedingungen institutionell abzusichern. Der Staat ist insofern kein freischwebender Akteur, sondern hat Autonomie nach Johannes Agnoli nur innerhalb der notwendigen Vermittlung unterschiedlicher Kapital- und Klasseninteressen (Agnoli 1975: 66 f.).³ Nicht nur treten dabei angesichts anhaltender ökonomischer Krisentendenzen (vgl. Pfeiffer 2021: 157) Fragen der sozialökologischen Transformation noch weiter in den Hintergrund. Die Staaten des globalen Nordens sind generell zentrale Garanten der imperialen Lebensweise: Sie sorgen für die Exklusion derer, die zur Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise ausgeschlossen bleiben müssen (Blühdorn 2018: 172) und versuchen die „weltwirtschaftlichen Austauschverhältnisse“ (Lessenich 2018a: 36) zugunsten heimischer Unternehmen zu formen. Der Staat ist daher nicht der neutrale Ort der Umsetzung rationaler Entscheidungen, der über die Interessen in Ökonomie und Gesellschaft erhaben wäre. Als solcher

3 Mit Lessenich wären hier neben den „kapitalistischen Erfordernissen“ auch die „demokratischen Forderungen“ als Moment staatlicher Vermittlungsleistung zu nennen (Lessenich 2017: 149). Diese müssen sich mit den Verwertungsanforderungen jedoch nicht notwendigerweise widersprechen und zumindest in Bezug auf die Erhaltung der imperialen Lebensweise fallen sie gar zusammen (vgl. Blühdorn 2020b: 152 ff.).

wird er von Teilen der Klimabewegung aber adressiert. Man übersieht, „dass das so adressierte vermeintliche Steuerungsobjekt ‚Staat‘ kein möglicher Gegenpol, sondern ein wesentliches Moment in der institutionellen Absicherung der imperialen Lebensweise ist“ (Brand/Wissen 2017: 16). Mit Agnoli gesprochen ist es eine „ideologische, mystifizierende Vorstellung des Staats, die die Herrschaft legitimieren soll“, wenn dieser „als autonome, nur durch freien Willen und durch ideale Zielorientierung bestimmte Handlung politischer Führungsgruppen“ (Agnoli 1975: 65) aufgefasst und zum vernunftgeleiteten (ergo ökologischen) Handeln aufgerufen wird. Und tatsächlich steht die Macht der „Mächtigen“, die durch die Klimabewegungen adressiert werden, kaum zur Disposition.⁴ Der Staat wird in den Nachhaltigkeitsapellen weder als „Verdichtung von Klassenverhältnissen“ (Poulantzas 2002: 225) noch in seiner strukturellen Funktion als Garant nationaler Verwertungsbedingungen angerufen, sondern als prinzipiell neutraler Verwaltungsapparat, dessen Personal jederzeit die Erkenntnisse der Wissenschaft umsetzen könnte, wenn es nur wollte. Trotz des großen Misstrauens gegenüber den etablierten Parteien, legitimiert man den Staat so nicht nur, man verkürt diesen in den Apellen implizit zum alleinigen Akteur, der die Transformation bewerkstelligen könnte – für die Bewegung bleibt nur die Rolle der Aktivierung des Staates statt die der Transformation selbst. Diese Ambivalenz ist es, die sich im Wahlkampf zur vorangegangenen Bundestagswahl im offenen Widerspruch ausdrückt, die Wahl zur „Klimawahl“ (Fridays For Future 2021) zu erklären und doch selbst darauf hinzuweisen, dass keine der aufgestellten Parteien ein Programm vorzuweisen hat, das mit dem Ziel, die Klimaerwärmung auf 1,5°C zu beschränken, vereinbar wäre (DIW 2021). Diese ungewollte Legitimierung ist dabei

der Grund, warum Greta Thunberg gerne auf Bühnen der internationalen Politik geladen wird: Sie stellt keine Gefahr für die Legitimität der bestehenden internationalen Ordnung dar, deren Akteure zugleich signalisieren können, sie würden die Sorgen um die Klimakrise ernst nehmen.

Szientismus und Sachzwang

Die Verwissenschaftlichung „umwelt- und nachhaltigkeitspolitischer Belange“ (Blühdorn 2020a: 97) ist neben der Ausblendung des Herrschaftscharakters des Staates mit einem weiteren Problem verbunden: Ein ‚erträgliches Maß‘ an Klimawandel und Umweltzerstörung lässt nicht neutral festlegen (Blühdorn 2018: 159). Es handelt sich bei Forderungen nach Klima- und Umweltschutz oder *Klimagerechtigkeit* so unvermeidlich wie berechtigt um politische Forderungen. Dieser politische Charakter aber wird in Teilen der Klimabewegungen systematisch negiert – nicht zuletzt, weil es diesen um ein scheinbar letztgültiges Kriterium geht: das bloße Überleben der Klimakrise. Zwar erhofft man sich davon wohl Legitimationskraft, doch dürfte diese Strategie dem Anliegen eher schaden. Denn der Szientismus steht keinesfalls aufseiten der Klimabewegten, sondern fügt sich in die fortschreitende Versachlichung von Herrschaft, in deren Zuge scheinbar neutrale (politische und ökonomische) Sachzwänge den Bereich dessen, was als Verhandelbar und Veränderbar gilt, beschneiden und auch Politik sich auf die rationale Verfolgung unhintergebarer Zwecke zurückziehen kann (vgl. Marcuse 1968). Indem man politischen Forderungen dadurch Nachdruck verleihen möchte, dass man sie verwissenschaftlicht, betreibt man daher selbst das Spiel der Entpolitisierung, das Grundlage kapitalistisch-realistischer Politik (vgl. Chamayou 2019: 307 ff.) ist: Weil die politökonomische Ordnung alternativlos ist, dürfen die ökologischen Forderungen nicht politisch, sondern müssen streng wissenschaftlich sein.

⁴ Das gilt auch für das Gros der Konzepte sozialökologischer Transformation (vgl. Brand/Wissen 2017: 37 ff.).

Doch hat man als Klimabewegung das Spiel schon dadurch verloren, dass man es überhaupt spielt: Ohnehin ist dem bürgerlichen Staat eine „strukturelle[...] Selektivität“ (Poulantzas 2002: 165) zugunsten von Kapitalinteressen zu eigen. Im Lichte der postfordistischen Dauerkrise (Staab 2019: 150 ff.) gewinnen der kapitalistische Verwertungsprozess und die korrespondierenden politischen Zielgrößen (Schwarze Null, Wirtschaftswachstum, etc.) zudem eine Legitimationsmacht, die sie als apolitisch und „nicht zu hinterfragende Größe[n]“ (Menz/Nies 2019b: 196) erscheinen lassen. Insofern können gegen jene entpolitisierten Fakten der Klimaforschung stets ökonomische Sachzwänge angeführt werden, auf die in der Krisenbewältigung zu achten alternativlos sei: Sozialökologische Transformation nur, sofern sie sich mit Wachstum und Investitionssicherheit verträgt. Weil sich der Szientismus selbst in den Bahnen solch entpolitisierter Systemimmanenz bewegt, fehlen diesem die analytischen *und* politischen Mittel, die ökonomischen Systemzwänge grundlegend in Frage zu stellen. Die Kombination aus Staatszentrierung und Szientismus impliziert daher ob gewollt oder nicht, dass die Klimakrise sich unmittelbar innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung auf ein erträgliches Maß beschränken lässt – womit grundsätzlichere Fragen nach der Produktions- und Regierungsweise von vornherein ausgeschlossen und ökonomische Systemzwänge, die einer sozialökologischen Transformation entgegenstehen, ausgeblendet oder explizit akzeptiert werden (Brand/Wissen 2017: 37).

Emotionalisierung als Komplement von Entpolitisierung

In scheinbarem Widerspruch zu dieser Entpolitisierung stehen die zunehmende Emotionalisierung der Appelle an den Staat sowie die Personalisierung der Nicht-Nachhaltigkeit anhand untätiger Politiker*innen. So war etwa auf der zivilgesellschaftlichen Gegendemonstra-

tion zur *Internationalen Automobilausstellung* (IAA) 2021 in München zu hören, Politiker*innen sollten ihren Kindern in die Augen sehen und dann endlich die notwendigen Schritte zur Rettung deren Zukunft unternehmen. Statt einer Kritik der gesellschaftlichen Ursachen der Nicht-Nachhaltigkeit, wird in den Appellen „die moralische Dringlichkeit einer wirklich großen Transformation“ (Blühdorn 2020a: 110) beschwört. Doch sind Objektivierung und überzogener Subjektivismus keine Gegensätze, sondern Komplemente. Wie Blühdorn argumentiert, reagiert solche Emotionalisierung auf ein Problem, das sich die Klimabewegung durch ihre Verwissenschaftlichung eingekauft hat: Die zunehmende Distanz zur Erfahrungs- und Lebenswelt derer, die mobilisiert werden sollen. Die Emotionalisierung stelle den Versuch dar, eine Brücke zu schlagen, wo sich ein Graben zwischen Szientismus und Lebenswelt der Menschen aufgetan hat (Blühdorn 2020a: 96). Zentraler für die Emotionalisierung scheint mir jedoch ein anderer Selbstwiderspruch der Entpolitisierung zu sein: Innerhalb der szientistischen und staatszentrierten Verengung können neue Gründe zur staatlichen Folgeleistung der Appelle gerade nicht in der Wissenschaft selbst, sondern nur in deren (moralischen oder emotionalen) Bekräftigung liegen. Die Emotionalisierung ist Symptom einer Entpolitisierung, die den Staat zur alleinigen Instanz von Veränderung verklärt und Aktivist*innen dadurch in eine Passivität drängt, in der – zumal angesichts der verbreiteten Skepsis gegenüber ‚radikalen‘ Praxisformen (vgl. Malm 2021) – außer der Anrufung des Staates keine politischen Mittel verbleiben: Man ist angesichts der ausbleibenden ökologischen Transformation dazu verdammt, fassungslos zurückzubleiben und die Forderungen emotional noch einmal zu überbieten. Die Fassungslosigkeit mag berechtigt sein, doch ist sie inhärent passiv und entpolitisiert.

Die Extreme von szientistischer Entpolitisierung einerseits, Überbetonung von Personen und Emotionen andererseits fügen sich dabei nur zu

gut in den kapitalistischen Realismus. Nicht nur bewegen sich die Appelle an den Staat streng innerhalb der vorgegebenen Sozialordnung, die Kehrseite des kapitalistischen Realismus ist nach Mark Fisher insgesamt eine Überbetonung des Subjektiven (Fisher 2009: 13): Wenn die grundlegende Gesellschaftsordnung alternativlos oder naturgemäß ist, bleiben im Versuch der Kritik letztlich nur der Bezug auf angeblich neutrale Fakten und Personen. Insofern drückt sich die Entpolitisierung in einem falschen Subjektivismus aus: Der Naturalisierung von Gesellschaft entspricht ein atomistisches Gesellschaftsverständnis, das von Herrschaftsverhältnissen sowie von individuell unverfügbaren gesellschaftlichen Strukturen absieht – weshalb für unliebsame Phänomene nur konkrete Personen verantwortlich sein können. Auch wenn man daher oberflächlich mit dem Dogma der Alternativlosigkeit bricht und eine andere Politik fordert, verbleiben Appelle an den Staat im Bann des kapitalistischen Realismus. Angesichts der Verknöcherung der Gesellschaft zum Unausweichlichen und Fraglosen verbleibt an Politik nicht viel mehr als die Anrufung des amtierenden Staatspersonals, es solle endlich handeln. In der „wissenschafts- und staatszentrierten Fixierung auf das 1,5-Grad-Ziel“ drückt sich der Umstand aus, dass sich im Groß der Klimabewegung bislang „nur wenig *alternativgesellschaftliche* Vorstellungskraft“ (Blühdorn 2020a: 17) entwickelt hat.

Zwar sind politische Stoßrichtung der Klimabewegung und Radikalität ihrer Praxisformen umkämpfte Felder und es existieren Konzeptionen gesellschaftlicher Alternativen wie etwa Ökosozialismus (Dörre 2021) und Commonismus (Sutterlützi/Meretz 2018). Doch nicht nur innerhalb der Transformationsforschung führen Letztere weiterhin eine randständige Existenz (Brand/Wissen 2017: 147), bisher gehen diese nicht in das Gros der Klimabewegung oder gar die Vorstellungswelt einer breiteren Öffentlichkeit ein. Das ist allerdings schwerlich der

Klimabewegung selbst anzulasten, sondern auf die Beharrungskräfte zurückzuführen, mit denen Versuche der Politisierung konfrontiert sind. Schließlich ist kapitalistischer Realismus keine rein ideelle Sache fehlender Vorstellungskraft, die sich allein durch bessere Einsicht oder utopische Entwürfe erledigt hätte. Wie sich bereits gezeigt haben sollte, ist die Undenkbarkeit gesellschaftlicher Alternativen Epiphänomen ganz materieller Verhältnisse, die von den Krisen des Postfordismus und der Zerschlagung und Einverleibung oppositioneller Bewegungen (Chamayou 2019) über die Verteidigung der imperialen Lebensweise bis zur Atomisierung sozialer Konflikte in verallgemeinerter zwischenmenschlicher Konkurrenz (vgl. Graefe 2019: 56 ff.) reichen. Seit den 1970er Jahren ist ein Schwinden signifikanter oppositioneller Bewegungen zu verzeichnen, während durch die fortschreitende Kommodifizierung des öffentlichen und privaten Raumes jene subjektiven und objektiven Freiräume unter Druck geraten, an welchen sich die Vorstellungskraft gesellschaftlicher Alternativen durch die Erfahrung anderer, solidarischer „Beziehungsweisen“ (Adamczak 2017) nähren kann. Die Verwissenschaftlichung ist daher eher Symptom als Grund fehlender Vorstellungskraft und es greift zu kurz, das Problem in einem Strategiefehler der Klimabewegungen zu verorten. Vielmehr hat man es mit einer gewaltvollen Verengung des gesellschaftlichen Möglichkeitshorizonts zu tun, die die Bestrebungen einer weitreichenderen Politisierung konterkariert.

Daran, dass innerhalb einer Ökonomie, die auf der Produktion von Tauschwerten und den dadurch bedingten Zwang zur beständigen Ausweitung von Produktion und Konsumtion beruht, die Klimakrise bewältigt werden kann, besteht berechtigter Zweifel (vgl. Barth et al. 2016: 325, Marx/Engels 1962: 529 f.). Auch im Lichte der Katastrophenangst sind solche grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen aber nicht nur in großen Teilen der Klimabewegung, sondern auch in den

öffentlichen Debatten und der Transformationsforschung (Lessenich 2018a: 112 f., Brand/Wissen 2017: 37 ff.) eigentümlich unterrepräsentiert. Zwar kommt es unter dem Druck der Katastrophenangst zu einem Aufbegehren gegen die bisherige Klima- und Umweltpolitik, diese Politisierung verbleibt aber zumeist in den engen Bahnen der Entpolitisierung. Dabei ist jedoch nicht nur die ideelle und reelle Geschlossenheit der bestehenden Gesellschaft entscheidend, sondern deren Zusammenspiel mit der imperialen Lebensweise, deren Aufrechterhaltung nicht erst vonseiten derer ausgeht, die ganz offen zur Verteidigung ‚unseres Wohlstands‘ aufrufen (Blühdorn 2020a: 47 ff.). Die Klimabewegung findet sich daher in der Situation wieder, dass sie eine Bevölkerung erreichen möchte (zu der sie freilich selbst gehört), die an einer sozialökologischen Transformation – würde man mit dieser Ernst machen und globale Ausbeutungsverhältnisse von Mensch und Natur antasten – trotz gegenteiliger Bekundungen kein Interesse haben dürfte, weil man damit an den Grundfesten von globalem Kapitalismus und imperialer Lebensweise rühren würde, zu der eine bessere Möglichkeit weder ideell noch reell sich ankündigt. Zwar ist es daher längst zum Allgemeinplatz geworden, dass es so nicht weitergehen könne. Doch existieren im Zusammenspiel von imperialer Lebensweise und kapitalistischem Realismus starke Beharrungs- und Gegenkräfte, weshalb es anders auch nicht werden kann – und letztlich auch nicht soll.

2. Facetten simulativer Krisenbewältigung

Wie Jasper Bernes (2019) es bezogen auf den *Green New Deal* auf den Punkt gebracht hat, sind die politischen Antworten auf die Klimakrise zutiefst von diesem Dilemma gezeichnet: „The problem with the Green New Deal is that it promises to change everything while keeping

everything the same.“ Angesichts Ausmaßes und Sichtbarkeit der Klimakrise steigt der Rechtfertigungsdruck sowohl auf Regierungen als auch auf die Subjekte, der Klimakrise etwas entgegenzusetzen. Vorausgesetzt der Rahmen der Entpolitisierung wird nicht verlassen, müssen sich daher Modi des Politischen und der Ideologie etablieren, die sich zwischen Zwang zur Veränderung und Zwang zur Beharrung bewegen, ohne eines der Extreme aufheben zu können. Und tatsächlich scheint sich ein solcher Bewegungsmodus herausgebildet zu haben, der sich in Anlehnung an Ingolfur Blühdorn als *simulative Krisenbewältigung* bezeichnen lässt. Krisenbewältigung wie sie hier bestimmt werden soll, ist im doppelten Sinne simulativ: Erstens dürfen die Ursachen der Probleme, die bearbeitet werden sollen, nicht angegangen werden, sofern sie an Grundstrukturen von imperialer Lebensweise und kapitalistischem Verwertungsprinzip rütteln. Damit kann aber zweitens das Entscheidende nicht sein, dass die Krisenbewältigung von mittel- oder langfristigen Erfolgen gezeitigt wird. Vielmehr muss das Entscheidende im Akt der Krisenbewältigung selbst liegen, ohne dass dieser von einem Resultat gekrönt werden müsste: in ihrem Erlebnischarakter (vgl. Blühdorn 2019: 173). In Anlehnung an Guy Debord (1978) ließe sich sagen, dass die Bewältigung der Klimakrise zum erlebbaren Spektakel werden muss.

Auch Blühdorn analysiert den simulativen Charakter heutiger Partizipations- und Aktionsformen (auch sozialökologischer Bewegungen) ausführlich (siehe bspw. Blühdorn 2018, 2019: 167 ff., 2020a). Doch unterscheidet sich der hier entfaltete Begriff simulativer Krisenbewältigung in mindestens zwei Hinsichten von den Analysen Blühdorns. *Erstens* konstruiert Blühdorn den Begriff der Simulation als allzu eindeutigen Epochenbruch, der auch Begriffe der „*old critical orthodoxy*“ (Blühdorn 2020a: 93) obsolet

machen würde.⁵ Von größerer Bedeutung ist an dieser Stelle aber *zweitens*, wie er das Dilemma bestimmt, auf das Simulation reagiere: „Simulative Demokratie“ (Blühdorn 2019) sei die Antwort auf das Dilemma von „postdemokratischen Wertpräferenzen“ und dem Fortleben von „demokratische[n] Erwartungshaltungen“ (Blühdorn 2019: 172). Durch ihren Fokus auf individuelle, konsumbasierte Selbstverwirklichung stütze heutige Subjektivität Entpolitisierung, Neoliberalismus (Blühdorn 2018, 2020a: 11) und imperiale Lebensweise (Blühdorn 2018, 2020a: 47 ff.). Zugleich halten große Teile der Bevölkerung aber am damit unvereinbaren „demokratischen Selbstverständnis“ (Blühdorn 2019: 171) fest. Auf dieses Dilemma reagiere simulative Politik, indem demokratisch-emanzipatorische Werte in postdemokratischen Formen reproduziert und erlebbar gemacht werden (Blühdorn 2019: 173, 176 ff.).

Zwar stellt folglich auch für Blühdorn Entpolitisierung einen Ausgangspunkt simulativer Politik dar. Doch während er die globale Herrschaftsdimension der imperialen Lebensweise stets im Blick behält, kommt jener der Entpolitisierung kaum eine Rolle zu. So seien zwar „Unterdrückung und Marginalisierung des demokratisch-emanzipatorischen Projekts durch das herrschende Kapital [...] zweifelsohne wichtige Faktoren“ (Blühdorn

2019: 149) für die Entstehung von Postdemokratie und Entpolitisierung. Mindestens ebenso wichtig sei aber die „Unangemessenheit [des demokratischen Projekts] sowohl für das Identitätsideal als auch das Selbstverständnis heutiger Bürger.“ (Blühdorn 2019: 149) Doch erfährt man bei Blühdorn kaum etwas über die konkreten Mechanismen der „Unterdrückung und Marginalisierung“ und die Herrschaftsdimension bleibt unterbestimmt. Außerdem führt Blühdorn zwar Herrschaft und spätmodernes „Selbstverständnis“ als relevante Faktoren der Entpolitisierung ein, ohne diese aber aufeinander zu beziehen. Heutige Formen der Subjektivität sollen offenkundig *in ihrer Genese* nichts mit Herrschaft zu tun haben, sondern einer von den materiellen Kräfteverhältnissen unabhängigen (oder diesen sogar vorgelagerten) Dialektik der „Idee des *autonomen Subjekts*“ (Blühdorn 2020b: 154) folgen und aus sich heraus die Entpolitisierung vorantreiben. Diese Konstruktion läuft Gefahr von den konkreten Kräfte- und Herrschaftsverhältnissen (und deren Rolle bei der Genese besagter Subjektivität) zugunsten der abstrakten Selbstentfaltung eines Konzeptes zu abstrahieren. Der Herrschaftscharakter von Entpolitisierung *und* Subjektivität würden sich nur durch eine historische Analyse erschließen, wie sie neben Mark Fisher etwa Grégory Chamayou (2019) zu leisten versucht hat und die sich nicht mit dem pauschalen Verweis auf Marx' Prognose der Ökonomisierung aller Lebensbereiche erledigt haben kann (siehe Blühdorn 2019: 121).

Weil Blühdorn die Selbstentfaltung des autonomen Subjekts zur „treibende[n] Kraft“ (Blühdorn 2019: 167) des Dilemmas erklärt, ohne die Verstrickung der Subjektformen mit deren materiellen Voraussetzungen zu bestimmen, gerät der *inhärente* Herrschaftscharakter spätmoderner Subjektivität nicht in den Blick: Der Umstand, dass heutige Subjektivitätsformen sich nicht einfach dem evolutionären Fortschreiten der Modernisierung und der „Emanzipation zweiter Ordnung“

5 Diese Periodisierung kann hier nicht ausführlich diskutiert werden, lässt sich aber an Blühdorns markanter Entgegensetzung von Ideologie und „Selbstillusionierung“ (Blühdorn 2019: 109) illustrieren, wobei Letztere der simulativen Spätmoderne zugehöre, in welcher der Ideologiebegriff unbrauchbar werde (vgl. Blühdorn 2019: 143 ff.). Diese Behauptung ist aber nicht nur durch eine Banalisierung des Ideologiebegriffs zu intentionaler Fremdtäuschung oder, in Blühdorns Worten, „Verblendungs- und Verblödungsstrategien“ „in den Händen gesellschaftlicher Eliten“ (Blühdorn 2019: 180) erkaufte (s. dagegen bspw. Marx/Engels 1978: 26 ff., Jaeggi 2013). Auch zeitdiagnostisch ist die Entgegensetzung zu kritisieren: Es schwingt in ihr die alte Fehldiagnose Peter Sloterdijks vom Ende der Ideologie mit (Sloterdijk 1983), gegen die anzuführen ist, dass die Menschen früher nicht so unaufgeklärt waren, wie die Entgegenstellung impliziert, und heute nicht so aufgeklärt sind, wie zwanghaft sich zu geben sehr wohl Teil spätmoderner Subjektivität ist (vgl. Žižek 1989: 24 ff.).

(Blühdorn 2019: 167) verdanken, sondern auch Resultat einer gewaltförmigen Entpolitisierung sind, die vormals kollektive Zielvorstellungen wie Autonomie und Glück zunehmend in die Isolation je individueller Selbstverwirklichung drängte (vgl. bspw. Chamayou 2019, Graefe 2019). So verpasst man jene Dialektik von Emanzipation und Herrschaft, ohne die sich die spätmodernen Subjektformen nicht in ihrer inneren Widersprüchlichkeit, sondern nur einseitig als Resultat eines Emanzipationsprozesses begreifen lassen. Der Herrschaftscharakter von Subjektivitätsformen rückt erst nachträglich, in der verkürzten Form der Instrumentalisierung ‚fertiger‘ Subjektivität durch „Machteliten“ (Blühdorn 2019: 157) in den Blick. Ohne die Relevanz der von Blühdorn analysierten Aspekte zu leugnen, muss das Dilemma daher anders gefasst werden, möchte man dem Herrschaftscharakter von Entpolitisierung und Subjektivität und zudem der treibenden Kraft der Katastrophenangst gerecht werden: Es besteht nicht nur zwischen widersprüchlichen Wertpräferenzen, sondern in der Gleichzeitigkeit von erzwungener Entpolitisierung (von der auch die heutigen „Wertpräferenzen“ selbst geprägt sind) und einer durch Katastrophenangst induzierten Repolitisierung. Diese Spannung ist es, auf die simulative Krisenbewältigung in ihren unterschiedlichen Facetten reagiert, derer nachfolgend einige bestimmt werden sollen.

Partizipationstheater

Mit simulativer Krisenbewältigung sind dabei zwar durchaus politische Manöver gemeint, wie sich den Rückgang der deutschen CO₂-Emissionen, der zu großen Teilen auf Deindustrialisierung und Externalisierung von Klima- und Umweltschäden zurückzuführen ist (VDI 2021; Lessenich 2018a: 98 f.), als Erfolg der ökologischen Transformation auf die Fahnen zu schreiben. Und auch Formen der grünen Ökonomie, wie Emissionshandel und andere Spielarten der „kommerziellen Regulierung von Externalitäten“ (Chamayou 2019:

244) können unter simulative Krisenbewältigung fallen, sofern sie versprechen, „den Planeten durch Ausdehnung ebenjenes Kapitalismus zu retten, der gerade dabei ist, ihn zu zerstören“ (Chamayou 2019: 250) – und sich daher im Spannungsfeld der Veränderung ohne Veränderung bewegen. Allerdings fehlt diesen als staatlichen Maßnahmen zumeist der Erlebnischarakter, der vielmehr in postdemokratischen Formen der Beteiligung und Mitbestimmung zutage tritt.

Denn so unzureichend und verspätet große Teile staatlicher Klimapolitik, so präsent sind Aufrufe zum gemeinsamen *Anpacken, Mitmachen* und *Zukunft gestalten*. Beispielhaft dafür sind staatlich geförderte Innovationswettbewerbe zur Bewältigung der Klimakrise oder der Pandemie: Während die Verbesserung des Gesundheitswesens und der dortigen Arbeitsbedingungen auf sich warten lässt und Deutschland die Freigabe der Impfstoffpatente blockiert (spiegelonline 2021), übt man sich in Wettbewerben wie dem *Hackathon* der Bundesregierung in postdemokratischer Partizipation (vgl. Blühdorn 2019: 191) und einem „Solutionismus“ (Nachtwey/Seidl 2017), für den jedes Problem eine technische Lösung hat. Auch bei der IAA 2021 sollte man die „Mobilitätswende“ erleben können – weshalb sie direkt im öffentlichen Raum veranstaltet wurde, wo man die neuen Produkte der Automobilindustrie sogleich erleben konnte und im „Citizen Lab“ auf Augenhöhe in Dialog mit der Automobilindustrie treten konnte. An IAA und Innovationswettbewerben zeigt sich insofern ein Verschwimmen der Grenzen von politischer Partizipation und Ökonomie: Partizipation an der ökologischen Wende wird gleichermaßen zum Erlebnis wie zum Mittel der wirtschaftlichen Mobilisierung über Klassen- gegensätze hinweg (vgl. Blühdorn 2019: 183).

Individualisierte Weltenrettung

Als „Projekt der kollektiven Selbstillusionierung“ (Blühdorn 2019: 185) schlägt sich simulative

Krisenbewältigung auch in individueller, konsumbasierter Lebensführung nieder. In einer unerwarteten Wendung der 68er-Parole, dass das Private politisch sei, etabliert sich eine Gleichzeitigkeit von Politisierung und Entpolitisierung: Individuelle Konsumententscheidungen werden politisiert und gesellschaftliche Probleme durch diese Individualisierung entpolitisiert. Von der Bambuszahnbürste bis zum Yoga-Retreat bieten Unternehmen heute Nachhaltigkeitserfahrungen, die Nachhaltigkeit inklusive moralischem Mehrwert konsumierbar und dadurch erlebbar machen – womit sich gelebte Nachhaltigkeit in Form „konsumbasierter Identitätserlebnisse“ (Blühdorn 2018: 168) bequem in die imperiale Lebensweise integrieren lässt und die Entpolitisierung der Gesellschaft gewahrt bleibt.

Dieser (kultur-) industriell angetriebenen Form simulativer Krisenbewältigung kommen gleich mehrere Bedürfnisse und Interessen der Subjekte entgegen: Positiv das Bedürfnis trotz Katastrophenangst seinen Lebensstil aufrechtzuerhalten, negativ um die Katastrophenangst innerhalb der Bahnen der bestehenden Gesellschaft durch Nachhaltigkeitserlebnisse bearbeiten zu können: Nach Habermas zeichnen sich Krisenerfahrungen dadurch aus, dass das Subjekt sich als „ein zur Passivität verurteiltes“ (Habermas 1973: 9 f.) erfährt, das den Störungen seiner Lebenswelt nur ohnmächtig beiwohnen kann. Als Reaktion auf diese Ohnmachtserfahrungen können Krisen stets auch mobilisierende Kraft besitzen – die sich aber keineswegs gegen die Ursachen der Krise wenden muss. Angesichts der realen Ohnmacht gegenüber den gesellschaftlichen Ursachen der Klimakrise, mobilisiert die Krisenerfahrung vielmehr selbstgenügsame „Pseudoaktivität“ (Adorno 1969). Angesichts von Ohnmacht und kaum zu überblickenden Naturverhältnissen gewährt Nachhaltigkeitskonsum Handlungsmacht und Zurechenbarkeit. Das drückt sich wohl perfekt in der Werbung der Nachhaltigkeits-App *Klima* aus: Auf den Werbebildern junge, glückliche Personen,

begleitet von der Aufforderung „Go carbon neutral today!“ (Klima 2021) und dem Versprechen, in nur wenigen Minuten und für einige Euro seinen Beitrag leisten zu können. Ökologischer Ablasshandel dieser Art verschafft Entlastung von Angst und Ohnmacht gegenüber der Klimakrise und stützt dabei die imperiale Lebensweise ebenso wie die chronisch von Überproduktion geplagte Ökonomie. Insofern bewahrheitet sich auch in der individuellen Krisenbewältigung die Befürchtung, die vonseiten der Kritik der politischen Ökologie bereits in den 1970er Jahren formuliert wurde: „Die Ökologie renoviert die Ware.“ (Subrealisten Bewegung 1980: 16) Oder in den Worten des Unternehmens Lemonaid: „Zinsen gibt’s jetzt auch in Bio!“ (Lemonaid 2022)

Simulation und Solution

Simulative Politik steht dabei in einem engen Verhältnis zu instrumenteller Vernunft, wie Max Horkheimer sie kritisierte: In ihr beschränkt sich Vernunft darauf, unter gegebenen Umständen für „jeweils vorgegebene Ziele die Mittel zu finden“ (Horkheimer 2007: 9), ohne die gegebenen Umstände und Zielsetzungen selbst zur Disposition zu stellen. Diese Kritik steht in einem inneren Zusammenhang zum Werk Henri Lefebvres, der den von Jean Baudrillard popularisierten Begriff der Simulation einführte: Das wesentliche der historischen Phase der Simulation sah Lefebvre darin, dass die theoretische Frage nach (rational bestimmbaren) Möglichkeiten durch die unmittelbare Machbarkeit verworfen wurde (Lefebvre 1975: 215). Simulative Krisenbewältigung ist demnach simulativ, weil erlebbar nur ist, was im Sinne unmittelbarer Verwirklichung unter gegebenen Bedingungen machbar ist. Die vergnügte Pseudoaktivität simulativer Krisenbewältigung hat daher äußerst nüchterne Voraussetzungen: Die Negation dessen, das unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen nicht unmittelbar erlebt und verwirklicht werden kann. Eine Instrumentalität, die sich gut mit der Alternativlosigkeit

der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ver­trägt.

Zu sich kommt diese Instrumentalität simulativer Krisenbewältigung dabei im neueren Solutionismus, den Nachtwey und Seidl (2017) als „Geist des digitalen Kapitalismus“ bezeichnen und über die letzten Jahre eine ideologische Strahlkraft gewonnen hat, die weit über den Silicon Valley hinausgeht, mit dem die Autoren diesen Geist primär identifizieren (Nachtwey/Seidl 2017: 22). Der neuere Solutionismus stehe für eine „Rückkehr der Sozialtechnologie mit anderen, nunmehr tatsächlich technologischen Mitteln“ (Nachtwey/Seidl 2017: 22) und bestehe in der von Leitunter­nehmen propagierten Überzeugung, dass sich alle Menschheitsprobleme durch (digitale) Technologie lösen ließen – und dass vice versa ein Problem nur ist, wofür es auch eine technische Lösung gibt. Was damit freilich impliziert wird, ist, dass für eine Bewältigung der Klimakrise nur Bedingungen geschaffen werden müssten, in denen sich die Innovationskraft des digitalen Kapitals möglichst ungestört von staatlichen Ein­griffen entfalten kann.

An allen drei Formen simulativer Krisenbewältigung zeigt sich daher: Das Spektakel simulativer Krisenbewältigung ist zutiefst instrumentell. Mit Baudrillard (1994: 113) gesprochen treffen sich Spektakel und instrumentelle Vernunft in der „Übertreibung der Mittel gegenüber der Zwecke“: Man verfolgt irrationale oder banale Zwecke mit hypertrophen Mitteln, feiert Feste der technischen Machbarkeit inmitten der Wüste gesellschaftlicher Möglichkeiten. Das Spektakel simulativer Krisenbewältigung ist ein Modus von Politik und Ideologie, der die ökologische Krisenbewältigung erlebbar macht und zugleich mit Verwertungsinteressen und politischer Alternativlosigkeit vereinbar ist – in der Kommodifizierung der Ökologie erschließt sich das Kapital neue Felder der Akkumulation und kann sich zugleich „ökologisch geläutert“ (Subrealisten Bewegung 1980:

16) geben. Doch bedarf Baudrillards Sentenz im Lichte der Klimakrise einer Ergänzung: Für den Zweck fortgesetzter Kapitalverwertung mögen die Mittel übertrieben sein, für die Vermeidung menschlichen Leids durch die fortschreitende Klimakrise sind sie dagegen lächerlich gering.

3. Katastrophale Naturverhältnisse

Simulative Krisenbewältigung ist ein qualitativ neues Phänomen einer Gesellschaft, die Utopien und Alternativen eine Absage erteilt hat, sich zugleich aber mit dem Bestehenden kaum noch zufriedengeben kann. Sie ist Beleg dafür, dass Klimawandel und Katastrophenangst nicht automatisch zu einer Politisierung drängen, die die Grenzen der Alternativlosigkeit sprengt. Das soll nachfolgend anhand einer fragmentarischen Analyse heutiger Naturverhältnisse weiter ausgeführt und verdeutlicht werden: Der Widerspruch von kapitalistischem Realismus und Katastrophenangst fügt sich in die moderne Geschichte der Naturbeherrschung, die stets von Instrumentalismus, Naturschrecken und Romantizismus gezeichnet war, die im Lichte der heutigen Konstellation jeweils Aktualisierungen erfahren.

Solutionismus und Naturromantizismus

Solutionismus kann als neueste Ausprägung des instrumentellen Naturverhältnisses aufgefasst werden, das sich als Sozialtechnik auf alle Gesellschaftsbereiche ausweitet: Gesellschaft wird im Solutionismus selbst zur Natur, die sich nur technisch beherrschen lässt. Wie Natur ist auch Gesellschaft im Solutionismus etwas schlichtweg Gegebenes; manipulieren und beherrschen lässt sich nicht deren Grundstruktur, sondern lassen sich nur identifizierbare Einzelprobleme. Wegen diesem Atomismus kann auch die Antwort auf die Klimakrise nicht in einer grundlegenden Veränderung gesellschaftlicher Naturverhält-

nisse bestehen, sondern ausschließlich in der technischen Bearbeitung einzelner, scheinbar konkreter Probleme (vgl. Nachtwey/Seidl 2017): Bessere Stromspeicherung, energieeffizientere E-Mobilität, Bio-Limo. Ein Denken, das letzten Endes auch in politischen Lagern anzutreffen ist, in denen man es weniger vermutet: Auch der Ansicht, ‚die Politik‘ könnte unmittelbar die Klimakrise abwenden, wenn sie nur wollte, liegt das Verständnis von Natur als Material der Beherrschung zugrunde – ein Instrumentalismus, der sich in der konkretistischen Manier ausdrückt, definierten Klimazielen bestimmte politische Schritte zuzuordnen. Die Vorstellung, man könnte sich die Vermeidung der Klimakatastrophe zum Preis kostspieliger politischer Entscheidungen erkaufen, ist nicht nur am Warentausch geformt, sie täuscht über grundsätzlichere Widersprüche kapitalistischer Naturverhältnisse hinweg.

Beherrschung von und Sehnsucht nach Natur gingen in der Moderne stets Hand in Hand (Horkheimer/Adorno 2013: 37): Während Natur auf die Summe bearbeitbarer Phänomene reduziert wird (Horkheimer 2007: 63), wird sie als Chiffre für das so Verdrängte zugleich zum Ort von ursprünglicher Einheit und Harmonie illusioniert (Mau 2021: 108 ff.). Folgerichtig hat auch der heutige Solutionismus eine Naturromantik zur Kehrseite, die im Lichte von Katastrophenangst und Alternativlosigkeit eine spezifische Wendung erfährt: Denn außermenschliche Natur beweist in den zunehmenden Naturkatastrophen tatsächlich ihre prinzipielle Nichtidentität (Mau 2021: 250) mit menschlichen Aneignungsformen. In Katastrophenangst lebt daher ein Stück des Naturschreckens wieder auf, den die Moderne durch die Beherrschung der Natur zu überwinden trachtete (Horkheimer/Adorno 2013: 21). Durch das Zusammenspiel mit gesellschaftlicher Alternativlosigkeit wird dieser Naturschrecken dabei zum Motor antizivilisatorischen Denkens: Wenn sich keine Gesellschaft vorstellen lässt, die nicht auf der systematischen Zerstörung ihrer natürlichen

Bedingungen basiert (Marx/Engels 1962: 529 f.), muss auch die Unversöhnlichkeit von Menschheit und Natur als alternativlos erscheinen. Die Antwort auf die Klimakrise kann dann nicht innerhalb menschlicher Zivilisation, sondern nur im ‚Zurück zur Natur‘ liegen.

In diesem Kontext sind die Spielarten der Sehnsucht nach Natur zu betrachten, die sich längst nicht mehr auf ‚Randphänomene‘ wie offene Zivilisationsfeindschaft,⁶ rechte Ökologie (Bierl 2014: 18 ff.), Esoterik oder Impfskepsis⁷ beschränken lassen, sondern in der Darstellung ‚der Natur‘ als Erstrebenswertem und Ursprünglichem ein in Werbung und Kulturindustrie verwertbar gemachtes Bewusstseinsphänomen geworden sind: Vom Shampoo bis zum SUV werden Produkte mit Referenzen auf Harmonie und Ursprünglichkeit von Natur beworben. Es ist dies eine Kehrseite des kapitalistischen Realismus, die doch gänzlich in seinem Bann verharrt: Weil die bestehende Gesellschaft mit Zivilisation überhaupt gleichgesetzt wird, lässt sich außer in der Flucht in einen angeblich natürlichen Zustand keine Aufhebung der Entfremdung von Menschheit und Natur vorstellen.⁸ Zwar lässt sich das naturromantische Bedürfnis ein Stück weit durch die Simulation von Naturnähe qua Konsum einhegen, hinter diesem Bedürfnis steht aber mehr als die unschuldige Suche nach Harmonie: Sie ist Motor der Naturalisierung gesellschaftlicher Widersprüche und

6 Diese drückt sich seit dem Aufkommen der Pandemie etwa in der Ansicht aus, der Mensch sei das Virus, dem sich die Natur durch Covid-19 entledigen würde.

7 Nachtwey et al. (2020) kommen zum Ergebnis, dass das Querdenker-Milieu stark von naturromantischen und esoterischen Motiven geprägt ist. Zum selben Ergebnis kommt auch ein Sonderbericht zu Corona-Verschwörungsmythen des Innenministeriums NRW (Mdl 2021: 43).

8 Dabei ist nicht erst die Romantisierung der Natur, sondern bereits ihre starre Entgegensetzung zur Menschheit problematisch. Als Naturwesen tritt der Mensch – und sei es noch so zerstörerisch – „dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber“ (Marx/Engels 1962: 192). Der Dualismus von Mensch und Natur ist selbst Symptom der Entfremdung, die man vorgibt zu bekämpfen.

regressiver Wünsche nach einer ursprünglichen Einheit mit Natur, die nicht zufällig in ökofaschistischen Bewegungen beheimatet sind (Bierl 2014).

Naturalisierung von Herrschaft

An Solutionismus und Naturromantik tritt etwas zutage, das sich bereits an der Anrufung des Staates gezeigt hat: Was diese Ideologeme über ihre sinnfälligen Unterschiede hinweg verbindet, ist die Ausblendung und Naturalisierung von Herrschaftsverhältnissen, die sich bis in populäre und scheinbar harmlose Begriffe wie dem des Anthropozäns fortsetzt, mit dem die negativen Effekte einer bestimmten Gesellschaftsordnung zum Werk ‚der Menschheit‘ schlechthin verklärt werden. Zwar zieht sich die Naturalisierung von Herrschaftsverhältnissen und Klassendifferenzen durch die gesamte Moderne, doch auch diese erfährt im Lichte des Klimawandels eine Aktualisierung, die der Entpolitisierung entgegenkommt: Wie Günter Anders für den Kalten Krieg feststellte, neutralisieren universelle Bedrohungen Antagonismen, weil sie „quer durch alle Gesellschaftsgruppen“ (Anders 1987: 7) verlaufen. Schließlich sei es „vollkommen absurd“ „ein middleclass-Atombomben-Problem von einem proletarischen zu unterscheiden“ (Anders 1987: 7). Die Nivellierung des Klassencharakters der Klimakrise wird paradoxerweise durch die Klimakrise selbst begünstigt. Entgegen dem Gemeinplatz, wir würden angesichts der Klimakrise alle im selben Boot sitzen, ist damit aber nicht gesagt, dass die Klimakrise keinen realen Klassencharakter hätte. Zwar bedrohen Atomkrieg wie Klimawandel in letzter Instanz jeden Menschen, ja die Menschheit insgesamt, doch sitzt die Menschheit deshalb nicht gemeinsam im selben Boot. Nein, sie sitzt in Booten und einige davon sind seeuntaugliche Wracks, während jene in Yachten freilich bessere Aussichten haben. Die Lage der Menschen in Westeuropa gleicht nicht der Lage derer in der globalen Peripherie und die Lage von Proletarisierten nicht der von Bessergestellten.

Jene Klassen und Teile der Weltbevölkerungen, die von einer Verwertungslogik profitieren, die die menschlichen Lebensgrundlagen zerstört,⁹ leiden nicht nur weniger unter dieser Zerstörung, sie haben auch die besseren Mittel und Chancen sie zu überstehen.

Die Klimakrise ist daher eine Klassenfrage und als solche wird sie – zumindest von Oben – auch behandelt. So zeichnen sich etwa Jeff Bezos Äußerungen zur Klimakrise durch Naturalisierung aus. Während er in beinahe parodistischer Überspitzung des Solutionismus die Besiedlung des Mars für notwendig erklärt „so that our children can build the future“ (CNBC 2021: 00:40 min), wärmt er wiederholt den Mythos der Überbevölkerung als Ursache der Klimakrise auf (kritisch siehe Berezow 2019, Powell 2019): In diesem Argument wird der Grund für den Klimawandel nicht in gesellschaftlichen Naturverhältnissen gesucht, sondern in jenen Menschen naturalisiert, die ‚zu viele‘ seien. Und ‚zu viele‘, das sind Europäer*innen dabei natürlich so wenig wie die Kund*innen von Amazon, sondern die imaginierten Massen verarmerter Überflüssiger irgendwo im globalen Süden. Dass Bezos auf Einverständnis setzen kann und sich der Mythos der Überbevölkerung so hartnäckig hält, dürfte daran liegen, dass diesem gleich mehrere gesellschaftliche Tendenzen entgegenkommen: Zum einen kann im Stande der Naturalisierung von Gesellschaft der „Einflussfaktor Mensch“ (Sommer 2022) eben nur in diesem selbst gesehen werden – im scheinbaren Tatbestand, dass es Menschen gebe, und zwar zu viele. Zum anderen hilft die Ansicht, es seien zu viele Menschen auf der Erde, der Austreibung der Restempathie und ist Rechtfertigung dafür, loszuschlagen, zumindest aber die Hilfeleistung zu unterlassen. Sie trägt zum Bedrohungsszenario bei, das Vorwand für

9 Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung sind für die Hälfte aller CO2-Emissionen verantwortlich (Oxfam 2015).

den militarisierten Schutz der imperialen Lebensweise ist.

Schluss: Mehr als bloß Zukunft

In diesem Essay sollte sich zeigen, dass die Ideologien und Formen des Politischen, die sich in Reaktion auf die Gleichzeitigkeit von Katastrophenangst und kapitalistischen Realismus herausbilden keinesfalls aus letzterem ausbrechen müssen, sondern sich als Bewegungsformen innerhalb dieses Widerspruchs etablieren und innerhalb kapitalistischer Naturverhältnisse bewegen können. In den Facetten simulativer Krisenbewältigung bleiben die Grenzen, die kapitalistischer Realismus der Politisierung auferlegt, unangetastet: So weithin selbstverständlich ist die Notwendigkeit marktkonformen Handelns, dass selbst die Zerstörung der menschlichen Lebensbedingungen in Kosten beziffert werden muss, um zu belegen, dass diese sich in langer Frist nicht rentieren: *extinction is bad for economy*. Ohne negieren zu wollen, dass sich in den neueren Protestzyklen – nicht nur der globalen Klimabewegungen, sondern verschiedensten sozialen Bewegungen von den Ausständen von Krankenpfleger*innen in Deutschland bis zu den Protesten in Chile – tatsächlich eine Zeitenwende ankündigen könnte, die den Möglichkeitssinn für gesellschaftliche Alternativen schärfen könnte: Die realen und ideologischen Beharrungskräfte sind immens, wovon auch die Klimabewegung selbst nicht unberührt bleiben kann, die vom Versuch gezeichnet ist, unter erzwungen entpolitisierten Verhältnissen politisch zu sein.

Und auch die Katastrophenangst selbst könnte sich als solche Beharrungskraft erweisen. Sie ist kein Garant eines emanzipativen Aufbegehrens, sondern als Angst, mit der sich keine Vorstellung des Besseren verbindet, kann sie sich ebenso gut in reaktionäre Ideologien kanalisieren – weshalb das Interesse an Klima- und Umweltschutz allein

nicht zum Fundament für politische Bündnisse taugt. Mit Wolfgang Pohrt gesprochen ist es – in genauer Umkehrung der Fortschrittskritik Walter Benjamins – nicht länger die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, sondern die Angst vor einer schlechteren, die die Zumutungen der Gegenwart legitimiert (Pohrt 2020: 37). Gerade im Lichte der imperialen Lebensweise ist auch die Katastrophenangst nicht davon freizusprechen, dass „die Sorge ums Wohl der Menschheit“ vorgetäuscht wird, „wo in Wahrheit ein Privilegienbesitzer über seine möglichen Verluste nachdenkt“ (Pohrt 2020: 37). Möchte die Klimabewegung mehr sein als eine „Drohgebärde der Bedrängten“ (Pohrt 2020: 37), darf es ihr daher nicht um das Er kämpfen bloßer *Zukunft* gehen (vgl. Sutterlütti/Meretz 2018: 17). Denn wem „es um die schiere Existenz geht, fragt nicht nach der Qualität menschlichen Lebens“ (ISF 2019). Der Anspruch bloßen Überlebens kommt einer Gesellschaft entgegen, die für sich proklamiert, aller Zumutungen zum Trotz die am wenigsten schlechte aller möglichen Welten zu sein. Es war daher mehr als eine Dreistigkeit von konservativer Seite, den Menschen eine Koalition unter Führung der Union als „Zukunftscoalition“ zu unterbreiten. Der Begriff der Zukunft fügt sich in einen Modus entpolitisierter Politik, in der als Ziel nur bleibt, worauf sich wirklich Alle einigen können: Dass die Menschheit eine Zukunft haben sollte. Zwar mag die Möglichkeit der Klimakatastrophe konkret sein, die Vorstellung von gesellschaftlichen Alternativen und Zielen ist es in den Klimadebatten oft so wenig wie die Analyse der Gegenwart. Eine Analyse der Nicht-Nachhaltigkeit zu leisten ist aber nicht nur von akademischem Interesse: Denn wie diese ausfällt, steht in engstem Zusammenhang mit den politischen Praxisformen, die von Bewegungen jeweils für angemessen und wirkungsvoll gehalten werden (vgl. Malm 2021: 11 ff.) Theorie ohne Praxis mag leer sein, Praxis ohne Theorie ist blind – blind für die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Gegenwart und daher auch

für die Radikalität des gesellschaftlichen Wandels, der nötig wäre, um mehr als bloße Zukunft zu erstreiten.

Aus diesen Gründen reicht es für eine emanzipatorische Klimabewegung nicht, zur Politisierung der Menschen auf bedrohliche Szenarien einer kommenden Katastrophe zu setzen, die ohnehin „für den großen Teil der Menschheit längst tägliche Daseinsform ist“ (Pohrt 2020: 37). Hier setzt sich eine Kritik der Entpolitisierung, die sich als solidarischer Eingriff in die Klimadebatte versteht, selbst einem Widerspruch aus: Einerseits soll diese Kritik gesellschaftliche Schranken der Denkbarekeit besserer Möglichkeiten bestimmen. Andererseits ist eine emanzipative Bewegung ohne die Vorstellung und praktische Vorwegnahme anderer Beziehungsweise schwer vorstellbar. Weil „Theorie [...] sozialen Kämpfen immanent“ sein muss, statt mit „rückwärtsgewandten Rezepten und Predigten“ (Glover 2021: 13) aufzuwarten, wie die Kämpfe zu führen seien, sollte dieser Beitrag aber nicht eine andere Zukunft auspinseln, sondern über Gegenkräfte zu einer solchen aufklären. Und eine solche Gegenkraft, das sollte sich zeigen, ist die bisherige Krisenbewältigung selbst: Denn sie ist untrennbar von Exklusion und Ausbeutung von „Nicht-Staatsbürger[n]“ (Lesenich 2018a: 129) – bewältigt wird bislang nicht die Klimakrise, sondern die Bedrohung, die diese und die von ihr betroffenen Menschen für die imperiale Lebensweise darstellen. Gerade angesichts zunehmend autoritärer Exklusionsstaaten in der westlichen Welt sollte man daher mit jedem Appell an den Staat und jeder Forderung nach weiteren Eingriffsbefugnissen für diesen vorsichtig sein. Ohnehin werden andere, solidarische Beziehungsweise nicht per staatlichem Dekret das Licht der Welt erblicken.

Acknowledgements

Ich danke den anonymen Reviewer*innen für ihre äußerst hilfreichen Hinweise.

Disclosure statement

Es liegen keine Interessenskonflikte vor.

Literatur:

- Adamczak, B. (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Adorno, T.W. (1969): *Marginalien zu Theorie und Praxis*. Online: https://www.zeit.de/1969/33/marginalien-zu-theorie-und-praxis?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [Zugriff: 28.09.2021].
- Adorno, T.W. (1976): *Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T.W. (2003): *Soziologische Schriften I. Gesammelte Schriften, Bd. 8*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Adorno, T.W. (2015): *Negative Dialektik*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Agnoli, J. (1975): *Überlegungen zum bürgerlichen Staat*. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Améry, J. (1990): *Widersprüche*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Anders, G. (1987): *Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 1. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München: Beck Verlag.
- Barth, T./Jochum, G./Littig, B. (2016): *Nachhaltige Arbeit und gesellschaftliche Naturverhältnisse: Theoretische Zugänge und Forschungsperspektiven*. In: Barth, T./Jochum, G./Littig, B. [Hrsg.]: *Nachhaltige Arbeit. Soziologische Beiträge zur Neubestimmung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. International Labour Studies – Internationale Arbeitsstudien* (13). Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 311-352.

- Baudrillard, J. (1994): Die Illusion des Endes oder Der Streik der Ereignisse. Berlin: Merve.
- Bauman, Z. (2000): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. 1. Auflage. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bauman, Z. (2016): Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Benjamin, W. (1982): Das Passagen-Werk. Gesammelte Schriften, Band 5 (1). Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Benjamin, W. (2015): Geschichtsphilosophische Thesen. In: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze (13. Auflage). Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 78-94.
- Berezow, A. (2019): Jeff Bezos' Plan To Colonize Space Is Based On Sheer Nonsense. American Council on Science and Health. Online: <https://www.acsh.org/news/2019/05/23/jeff-bezos-plan-colonize-space-based-sheer-nonsense-14051> [Zugriff: 29.09.2021].
- Bernes, J. (2019): Between the Devil and the Green New Deal. Online: <https://communemag.com/between-the-devil-and-the-green-new-deal/> [Zugriff: 29.09.2021].
- Bierl, P. (2014): Grüne Braune. Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts. Münster: Unrast Verlag.
- Blühdorn, I. (2018): Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft. Berliner Journal für Soziologie, 28, S. 151-180.
- Blühdorn, I. (2019): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Blühdorn, I. (2020a): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation nicht stattfindet. Mit Beiträgen von Felix Butzlaff, Michael Deflorian, Daniel Hausknost und Mirijam Mock. Bielefeld: transcript Verlag.
- Blühdorn, I. (2020b): Die Dialektik der Emanzipation. Kritische Soziologie in der Endlosschleife. In: Ketterer, H./Becker, B. [Hrsg.]: Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 152-159.
- Blühdorn, I./Butzlaff, F./Deflorian, M./Hausknost, D. (2018): Transformationsnarrativ und Verantwortlichkeit. Die gesellschaftstheoretische Lücke der Transformationsforschung. IGN Position Paper Jan/2018, Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN), Wirtschaftsuniversität Wien.
- Brand, U./Wissen, M. (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom Verlag.
- Chamayou, G. (2019): Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- CNBC (2021): Jeff Bezos on historic Blue Origin launch: First step to build road to space. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=cHB8-bBKoVc> [Zugriff: 29.09.2021].
- Dean, J. (2018): The Communist Horizon. London: Verso.
- Debord, G. (1978): Die Gesellschaft des Spektakels. Hamburg: Edition Nautilus.
- Detje, R./Menz, W./Nies, S./Sauer, D. (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen. Hamburg: VSA Verlag.
- DIW (2021): Wie viel Klimaneutralität steckt in den Wahlprogrammen? Eine Studie für die Stiftung Klimaneutralität. Online: https://diw-econ.de/wp-content/uploads/DIWEcon_Wahlprogramme_Plausibilitaetsanalyse_v2.0.pdf [Zugriff 03.02.2022].

- Dörre, K. (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin: Matthes & Seitz.
- Fischer, K. (2020): Dependenz trifft Warenketten. Zur Überausbeutung von Arbeit im globalen Süden. PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft, 50 (198), S. 33-51.
- Fisher, M. (2009): Capitalist Realism. Hampshire: John Hunt Publishing.
- Fisher, M. (2015): Gespenster meines Lebens. Depression, Hauntology und die verlorene Zukunft. Berlin: Edition Tiamat.
- Fridays For Future (2021): fridaysforfuture.de. Klimawahlen 2021. Online: <https://fridaysforfuture.de/klimawahlen-2021/> [Zugriff: 03.02.2022].
- Glover, J. (2021): Riot. Strike. Riot. Die neue Ära der Aufstände. Hamburg: Galerie der abseitigen Künste.
- Guardian (2019): ‚I want you to panic‘: 16-year-old issues climate warning at Davos. Guardian News. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=RjsLm5PCdVQ> [Zugriff: 29.09.2021].
- Graefe, S. (2019): Resilienz. Wider das Lob der Anpassung. Bielefeld: transcript.
- Habermas, J. (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Hickman, C./Marks, E./Pihkala, P./Clayton, S./Lewandowski, E./Mayall, E./Wray, B./Mellor, C./van Susteren, L. (2021): Young people’s voices on climate anxiety, government betrayal and moral injury: a global phenomenon. DOI: 10.2139/ssrn.3918955.
- Horkheimer, M. (2007): Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- Horkheimer, M./Adorno, T.W. (2013): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.
- ISF (2019): Die Diktatur der Zukunft. Online: <https://www.ca-ira.net/verein/jourfixe/isf-die-diktatur-der-zukunft/> [Zugriff: 28.09.2021].
- Jaeggi, R. (2013): Was ist Ideologiekritik? In: Jaeggi, R., & Wesche, T. (Hrsg.): Was ist Kritik? Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 266-295.
- Jameson, F. (1991): Postmodernism or, The Cultural Logic of Late Capitalism. London/New York: Verso.
- Klima (2021). Tweet vom 31.12.2021. Online: <https://twitter.com/getklima/status/1476903929267068952/photo/1> [Zugriff: 07.02.2022].
- Lefebvre, H. (1975): Metaphilosophie. Prolegomena. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Lemonaid (2022): Gesponserter Instagram-Werbepost. Online: <https://www.instagram.com/p/CTe5EiyjJou/> [Zugriff: 17.02.2022].
- Lessenich, S. (2016): Aufstand der Eingebildeten. FAZ.net. Online: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/oliver-nachtweys-buch-die-abstiegs-gesellschaft-14421771.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3 [Zugriff: 27.09.2021].
- Lessenich, S. (2017): Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Dörre, K./Lessenich, S./Rosa, H. [Hrsg.]: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Berlin: Suhrkamp Verlag, S. 126-177.
- Lessenich, S. (2018a): Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben. München: Piper Verlag.
- Lessenich, S. (2018b): Die ewige Mitte und das Gespenst der Abstiegs-gesellschaft. In: Schöneck, N. M./Ritter, S. [Hrsg.]: Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten. Bielefeld: transcript Verlag, S. 163-178.

- Malm, A. (2021): *Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Marcuse, H. (1968): *Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers*. In: Derselbe: *Kultur und Gesellschaft 2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Marx, K./Engels, F. (1962): *Werke*, Bd. 23. *Das Kapital*, Bd. 1. Berlin: Dietz.
- Marx, K./Engels, F. (1978): *Werke*, Bd. 03. *Die deutsche Ideologie*. Berlin: Dietz.
- Mau, S. (2021): *Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus*. Berlin: Dietz Verlag.
- Menz, W./Nies, S. (2019a): *Autorität, Markt und Subjektivität. Ergebnisse einer sekundäranalytischen Längsschnittstudie vom Spät-Taylorismus bis zur Digitalisierung der Arbeit*. In: Dunkel, W./Hanekop, H./Mayer-Ahuja, N. [Hrsg.]: *Blick zurück nach vorn. Sekundäranalysen zum Wandel von Arbeit nach dem Fordismus*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 175-218.
- Menz, W./Nies, S. (2019b): *Marktautoritarismus und bedrohte Selbstverständnisse. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus*. In: Book, C./Huke, N./Klauke, S./Tietje, O. [Hrsg.]: *Alltägliche Grenzziehungen. Zum Konzept der imperialen Lebensweise und seinen Implikationen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 207-227.
- MdI (2021): *Sonderbericht zu Verschwörungsmethoden und „Corona-Leugnern“*. Sonderbericht des Ministeriums des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen. Online: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/Sonderbericht_2021_Verschwoerungsmethoden_und_Corona-Leugner.pdf [Zugriff: 24.02.2022].
- de Moor, J./Uba, K./Wahlström, M./Wennerhag, M./de Vydt, M. (Hrsg.) (2020): *Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20-27 September, 2019, in 19 cities around the world*. Online: <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2020/02/Protest-for-a-Future-II-2020-02-24.pdf> [Zugriff: 17.02.2022].
- Nachtmann, C. (2012): *Krisenbewältigung ohne Ende*. In: Grigat, S. [Hrsg.]: *Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert*. Freiburg: ça ira Verlag, S. 149-204.
- Nachtwey, O. (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Nachtwey, O./Seidl, T. (2017): *Die Ethik der Solution und der Geist des digitalen Kapitalismus*. IfS Working Paper, Nr. 11. Frankfurt am Main: Institut für Sozialforschung. Online: <http://www.ifs.uni-frankfurt.de/wp-content/uploads/IfS-WP-11.pdf> [Zugriff: 29.09.2021].
- Nachwey, O./Schäfer, R. /Frei, N. (2020): *Politische Soziologie der Corona-Protteste. Grundausswertung*. Universität Basel. <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>.
- Neubauer, L./Reemtsma, C. (2021): *1,5 Grad sind möglich*. taz.de. Online: <https://taz.de/IPCC-Klimabericht/!5788184/> [Zugriff: 29.09.2021].
- Oxfam (2015): *Extreme Carbon Inequality*. Media Briefing. Online: <https://www.oxfam.de/system/files/oxfam-extreme-carbon-inequality-20151202-engl.pdf> [Zugriff: 29.09.2021].
- Pfeiffer, S. (2021): *Digitalisierung als Distributivkraft. Über das Neue am digitalen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript Verlag.

- Poulantzas, N. (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA Verlag.
- Pohrt, W. (2020): Zukunftsangst – Die Drohgebärde der Bedrängten. In: Gruppe Nevermore [Hrsg.]: Mein Freund der Untergang. Elemente und Ursprünge des apokalyptischen Bewusstseins der Klimabewegung, S. 36-41.
- Powell, C.S. (2019): Jeff Bezos foresees a trillion people living in millions of space colonies. Here's what he's doing to get the ball rolling. NBC News. Online: <https://www.nbcnews.com/mach/science/jeff-bezos-foresees-trillion-people-living-millions-space-colonies-here-ncna1006036> [Zugriff: 29.09.2021].
- Rackete, C. (2021): Seid Sand im Getriebe! taz.de. Online: <https://taz.de/Mehr-Radikalitaet-bei-Klimaprotesten/!5795824/> [Zugriff: 27.09.2021].
- RND (2022): Blockaden, Sabotageakte und „grüne RAF“: Klimaschützer wollen radikaler werden. Online: <https://www.rnd.de/politik/klimaschutz-gruene-raf-aktivisten-wollen-radikaler-werden-GV7XTCGLWJBVVMNBKTUHGHDYY.html> [Zugriff: 15.03.2022].
- Ross, K. (2021): Luxus für alle. Die politische Gedankenwelt der Pariser Kommune. Berlin: Matthes & Seitz.
- Schäuble, J. (2020): Warum Schwarze in den USA so stark gefährdet sind. tagesspiegel.de. Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/erhoehtes-corona-risiko-fuer-afroamerikaner-warum-schwarze-in-den-usa-so-stark-gefaehrdet-sind/25730872.html> [Zugriff: 29.09.2021].
- Sloterdijk, P. (1983): Kritik der Zynischen Vernunft. In zwei Bänden. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Sommer, T. (2022): Einflussfaktor Mensch. Kolumne auf Zeit-Online. Online: https://www.zeit.de/politik/2022-02/ueberbevoelkerung-un-forschungsweltbevoelkerung-5vor8?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F [Zugriff: 20.02.2022].
- Spiegelonline (2021): Uno wirft Deutschland Blockade bei Impfstoffverteilung vor. Online: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-krise-uno-wirft-deutschland-wegen-patentenblockade-bei-impfstoff-verteilung-vor-a-785f211d-60e2-42eb-b9c3-5ff20117a052> [Zugriff: 29.09.2021].
- Staab, P. (2019): Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Stapelfeldt, G. (2014). Dialektik der ökonomischen Rationalisierung. Kritik der ökonomischen Rationalität. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- Subrealisten Bewegung (1980): Zur Kritik der Politischen Ökologie. Hamburg: Edition Nautilus.
- Sutterlütti, S./Meretz, S. (2018): Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken. Hamburg: VSA Verlag.
- Vidal, M. (2013): Postfordism as a dysfunctional accumulation regime: a comparative analysis of the USA, the UK and Germany. *Work, Employment and Society*, 27(3), S. 451-471. DOI: 10.1177/0950017013481876.
- VDI (2021): Deutschlands Anteil an den globalen CO2-Emissionen. Online: <https://www.vdi.de/news/detail/deutschlands-anteil-an-den-globalen-co2-emissionen> [Zugriff: 29.09.2021].
- Žižek, S. (1989): The Sublime Object of Ideology. London: Verso.